

FINANZAUSGLEICH GEFORDERT

07.09.2010 10:26 Uhr, aktualisiert 07.09.2010 12:31 Uhr

Kommunen trommeln gegen Merkels Atomdeal

Gegen den Atom-Kompromiss der Bundesregierung formiert sich massiver Widerstand. Umweltschützer kündigten Blockaden und andere Protestaktionen gegen den nächsten Castortransport nach Gorleben an. Die Grünen stellten für die Zukunft schwarz-grüne Bündnisse in Frage. Und die Kommunen erwarten wegen des Deals mit den Energieversorgern massive Einbußen und fordern deshalb Entschädigungen.



Angela Merkel umringt von RWE-Chef Jürgen Großmann (li.) und Eon-Chef Johannes Teysen. Quelle: Reuters

dne/HB DÜSSELDORF. Die vorgesehene Brennelementsteuer werde bei den städtischen Haushalten zu jährlich 300 Millionen weniger Gewerbesteuerereinnahmen führen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutsche Städte- und Gemeindebunds (DStGB), Gerd Landsberg, Handelsblatt Online. Vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage erwarteten die Kommunen daher eine Ausgleichszahlung. „Die Städte und Gemeinden müssen in dass neue Energiekonzept eingebunden und ihre finanziellen Nachteile kompensiert werden“, sagte Landsberg. „Das wäre ein wichtiges politisches Signal, damit der neue Ansatz auch von der Bevölkerung mitgetragen wird.“

Landsberg fürchtet zudem um das Engagement der Kommunen für umweltfreundliche Energieerzeugung. „Die jetzt vorgesehene deutlich längere Laufzeit für Atomkraftwerke darf die von den Kommunen und ihren Stadtwerken auf den Weg gebrachten

Investitionen für den Ausbau der erneuerbaren Energie nicht gefährden“, sagte er. Planung und Ausbau von Energieerzeugungsanlagen seien keine kurzfristigen Entscheidungen, sondern langfristige Prozesse. Die Stadtwerke hätten sich darauf eingestellt, dass in wenigen Jahren die Atomkraftwerke vom Netz gehen und dann die Nachfrage nach ihrer Stromerzeugung steigt, erklärte der Städtebund-Geschäftsführer. „Wenn sich daran nun durch die politischen Vorgaben etwas ändert, muss ein Ausgleich vorgesehen werden, damit die Stadtwerke keinen Wettbewerbsnachteil erleiden und der zügige Ausbau regenerativer Energien vorangeht“, betonte Landsberg.

Aus Landsbergs Sicht kommt Kommunen und ihren Stadtwerke eine Schlüsselfunktion zu beim Ziel, den CO₂- Ausstoß weiter zu reduzieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen. "Es ist völlig unstrittig, dass die Zukunft der alternativen Energien maßgeblich davon abhängt, ob es gelingt die dezentralen Strukturen der Energieversorgung zu stärken, die lokalen Netze auszubauen und die Städte und Gemeinden noch stärker in die Erzeugung zum Beispiel der Windenergie einzubinden", sagte er.

Auch Stadtwerke und kommunale Versorger fordern einen finanziellen Ausgleich. Sie befürchten eine Gefahr für ihre Investitionen in umweltfreundliche Energieerzeugung. Die Windenergiebetreiber rechnen ebenfalls mit negativen Folgen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) zeigte sich dagegen insgesamt zufrieden mit dem Kompromiss und versicherte, er werde sich um das bislang ungelöste Problem der Endlagerung von Atommüll kümmern.

In der Nacht zum Montag hatten sich die Spitzen von Union und FDP auf eine Laufzeitverlängerung um 14

Jahre für neuere Kernkraftwerke - ab Baujahr 1980 - verständigt. Die letzten Meiler dürften damit 2040 oder sogar später abgeschaltet werden. Ältere Anlagen können acht Jahre länger am Netz bleiben als bisher geplant. Die Atomindustrie soll langfristig bis zu 15 Mrd. Euro für einen Fonds zum Ausbau erneuerbarer Energien beisteuern. Dazu kommt die neue Atomsteuer, die von 2011 bis 2016 pro Jahr 2,3 Mrd. in die Bundeskasse spülen soll.

Die geplante Brennelementesteuer bringt dem Bund nach Angaben der „Berliner Zeitung“ jedoch weniger ein als geplant. Statt mit 2,3 Mrd. Euro pro Jahr könne Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nur mit 1,5 Mrd. Euro rechnen. Bisher habe der Gesetzesentwurf vorgesehen, 220 Euro pro Gramm Uran von den Stromkonzernen zu verlangen. Nun sollten es 145 Euro sein. Das Bundesfinanzministerium räumte nach Angaben des Blattes auf Anfrage diese Verringerung ein. Dennoch bleibe es bei einer isolierten Betrachtung der Brennelementesteuer - bei den 2,3 Milliarden, betonte ein Sprecher. Richtig sei aber, dass die Stromkonzerne diese Zahlungen beim Finanzamt als Betriebskosten absetzen könnten, wodurch die Nettoeinnahmen für den Staat geringer ausfielen.

Die Stadtwerke erwarten durch die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke einen Milliarden Schaden. Albert Filbert, Chef des Darmstädter Versorgers HSE, sagte dem Blatt, die Auslastung des Kraftwerksparks der Unternehmen sinke durch die längeren AKW-Laufzeiten deutlich. „Den Schaden für kommunale Versorger durch die zwölfjährige Laufzeitverlängerung schätzen wir auf 4,5 Mrd. Euro.“ Die kommunalen Versorger strebten nun Kompensationszahlungen an, sagte Filbert, der der Stadtwerkevereinigung 8KU vorsteht.

Auch die Länder wollen an den Mehreinnahmen des Bundes aus der Verlängerung der Kernkraft beteiligt werden. Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) sagte in einem Interview mit „Focus Online“, der Bund sei bei der Sanierung des maroden Atommülllagers Asse in der Pflicht. „Ich poche darauf, dass die Asse saniert wird. Die Kernkraftbetreiber sind an den Kosten in erheblichem Maße zu beteiligen.“ Ein Bundesland, das die Lasten der Kernenergie trage, müsse anders behandelt werden. Umweltminister Röttgen will sich um das Problem der Endlagerung von Atommüll kümmern. In einem Interview der ARD-„Tagesthemen“ versicherte er am Montagabend, er sehe sich hier in der Pflicht.

Die deutsche Windindustrie sieht die Laufzeitverlängerung für AKWs und das neue Energiekonzept als „Sargnägel für die erneuerbaren Energien und für die Windkraft“. Die Potenziale der Windenergie seien systematisch kleingerechnet worden, um die Laufzeitverlängerungen scheinbar notwendig zu machen, sagte der Chef des Bundesverbands der Windindustrie, Hermann Albers, der „Berliner Zeitung“.

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast stellte indessen vor dem Hintergrund des Atom-Kompromisses der Bundesregierung künftige schwarz-grüne Bündnisse grundsätzlich in Frage. „Wir haben immer gesagt, dass diese Atomenergiefrage natürlich die Möglichkeiten für Schwarz-Grün verschlechtert“, sagte Künast am Dienstag im ZDF-„Morgenmagazin“.

Mit Blick auf die im kommenden März bevorstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg wollte sich Künast jedoch nicht festlegen. „Wir kommen überall vor die Frage, wie stimmt ein Bundesland ab, wer klagt“, sagte sie. „Für uns ist doch klar, gegen diese Atomenergie werden wir sämtliche Klagemöglichkeiten nutzen. Wir sagen, wir wollen voll auf erneuerbare Energie setzen“, sagte die Grünen-Politikerin.

Den Atom-Kompromiss bezeichnete Künast als Rückschlag. „Das ist die erste Revolution in diesem Land, die rückwärts geht“, sagte die Grünen-Fraktionschefin. „Das ist reine Klientelpolitik, das sind Geschenke für wenige, für die vier (Atomkraftwerks-)Betreiber, die da Mrd. Zusatzprofite rausholen.“

Als Reaktion auf die Atompolitik der Bundesregierung kündigten Umweltschützer Blockaden und andere Protestaktionen gegen den nächsten Castortransport nach Gorleben an. Zahlreiche Atomkraftgegner wollten den für November erwarteten Transport blockieren, sagte am Dienstag die Sprecherin der Initiative „X-tausendmal quer“, Luise Neumann-Cosel. In Gorleben werde sich zeigen, „dass Tausende bereit sind, Grenzen zu übertreten, um sich gewaltfrei gegen die unverantwortliche Atompolitik der Koalition zu wehren.“

Die Atomkraftgegner wollen die Zufahrtstraßen zum Zwischenlager Gorleben unter anderem mit einer großen Sitzblockade versperren. Die elf Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague sollen voraussichtlich in der ersten November-Hälfte ins Wendland gebracht werden. Nach dem am Sonntag beschlossenen Energiekonzept der Regierung sollen die deutschen Atomkraftwerke im Schnitt zwölf Jahre länger am Netz bleiben als bislang geplant.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).